

Terms and Conditions

The Library provides access to digitized documents strictly for noncommercial educational, research and private purposes and makes no warranty with regard to their use for other purposes. Some of our collections are protected by copyright. Publication and/or broadcast in any form (including electronic) requires prior written permission from the Library.

Each copy of any part of this document must contain there Terms and Conditions. With the usage of the library's online system to access or download a digitized document you accept there Terms and Conditions.

Reproductions of material on the web site may not be made for or donated to other repositories, nor may be further reproduced without written permission from the Library

For reproduction requests and permissions, please contact us. If citing materials, please give proper attribution of the source.

Imprint:

Director: Mag. Renate Plöchl

Deputy director: Mag. Julian Sagmeister

Owner of medium: Oberösterreichische Landesbibliothek

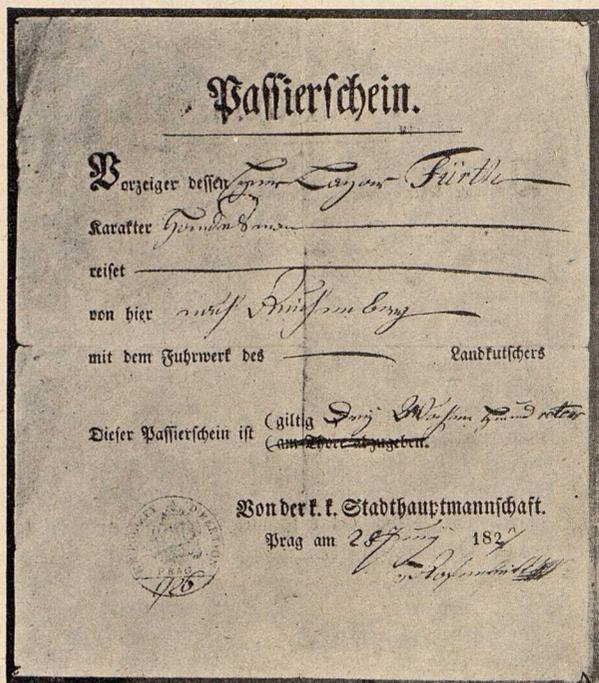
Publisher: Oberösterreichische Landesbibliothek, 4021 Linz, Schillerplatz 2

Contact:

Email: [landesbibliothek\(at\)ooe.gv.at](mailto:landesbibliothek(at)ooe.gv.at)

Telephone: +43(732) 7720-53100

mußten. Im darauffolgenden Jahre sank die Seelenzahl gar auf 27. Es tauchen mehrere neue Namen auf, wie Jakob Bauer, Moses und Abraham Budie, Markus und Wolf Reichmann. Neue Erschwerungen brachte das J. 1827. Da wurden für die „Israeliten“ Aufenthaltsscheine eingeführt. Sie bildeten auch eine Einnahmsquelle für die Stadt. Der Handelsstand gibt noch im J. 1833 der Stadtbehörde die Anregung: „Man sollte die Juden zur Lösung eines Aufenthaltsscheines nötigen, wodurch der Stadt ein nicht unbedeutendes Einkommen zufließen würde.“ Dem seit 10 Jahren in R. wohnhaften Simon Rothschild wurde noch 1831 zur Last gelegt, daß er keinen Aufenthaltsschein angefordert hatte. Ferner wurden auch Passierscheine für Fuhrwerke von



Passierschein für Fuhrwerke nach Reichenberg aus dem Jahre 1827.

und nach R. eingeführt. Die Dauer der Giltigkeit dieser Passierscheine war sehr beschränkt. Endlich wurden auch die Paßbestimmungen wesentlich verschärft.

Im J. 1830 ordnete der Magistrat an, „jeden unbekanntem Juden sogleich, und wenn es auch auf der Straße wäre, bescheiden um seine Aufenthaltsbewilligung zu befragen und anzuhalten“. Bald darauf gab das Kreisamt sogar den Ukas heraus, sämtliche in R. sich zeitweilig aufhaltende Juden abzuschaffen. Der Magistrat gehorchte aber nicht wortlos dem Befehle dieser Behörde und bremste. Er berief sich auf die Verhältnisse des hiesigen Platzes, „wo der stete tägliche Wollbedarf der Tuchmacher, alle Juden, die den Wollhandel größtenteils in Händen haben, plötzlich abzuschaffen, nicht rätlich macht“. Es scheint, daß diese Maßregel nicht durchgeführt wurde; das Gewitter zog vorüber. Aber man fuhr fort, die Juden durch ein Vergrößerungsglas zu betrachten. Manche Ämter und Körperschaften waren förmlich bestürzt über die „große“ Zahl der Juden in R. Während ein Kanzelist, der sich selber ein „expedierendes Individuum“ nannte, bloß die Forderung stellte, die Formulare durch die Juden vollständig ausfüllen zu lassen, waren die Polizeikommissäre weniger harmlos, als diese Bürokratenseele. Sie stellten an den Magistrat das Ersuchen, den

Juden den Aufenthalt in R. überhaupt zu verbieten. „Die meisten der hier wohnenden Juden werden gewiß ihre Quartiere ganzjährig gemietet haben, weil sie sich das ganze Jahr immerfort hier aufhalten.“ Selbstverständlich sollten auch die Hausherren bestraft werden. Die Polizeikommissäre haben sich diesmal etwas ganz besonderes ausgeklügelt. Wegen der Cholerafahre wird man geeignete Wohnungen als Krankenhäuser einrichten. Evakuierte Bewohner werden aber obdachlos werden, weil viele Quartiere von Juden besetzt sind. Das Rathaus ging aber auf diese etwas rabulistischen Gedankengänge nicht ein. Auch der Handelsstand lief Sturm. Auch er gebraucht in einer Beschwerde die sattsam wiederholte Phrase von der „großen Menge“ der Juden und beschwört den Magistrat, dessen „größte Sorge es sein muß, den Bürger in seinen Rechten (?) zu schützen, ihn gegen die nachteiligen Unfälle (!) der Israeliten und Störungen des Handels zu verwahren“. Der Magistrat jedoch beachtete nicht diese Vorschläge. Er duldete ein „Stilleben“. Anfang der 30er Jahre errichteten zwei Prager jüd. Firmen Baumwollwebereien in R.: I. L. Lieben und Philipp Tandler. Während alle übrigen 18 Fabrikanten, Tandler mit eingeschlossen, jährlich zu 3 fl. C. M. an Steuer zahlten, waren I. L. Lieben 15 fl. C. M. vorgeschrieben.

So nahte das Sturmjahr 1848 heran. Es ging auch an R. nicht spurlos vorüber. Eine Ausschreitung gegen Juden kam in R., wie Hübner es irrtümlich behauptet, nicht vor. Gegen wen hätte sich auch ein solches Exzeß wenden sollen? Es gab ja damals in R. vermutlich nur eine ganz geringe Zahl jüd. Familien. Die Judenfrage bewegte auch in R. die Gemüter. Der „politische Verein“ zählte wenige Mitglieder, aber sie wurden nicht bloß gezählt, sondern auch gewogen. Denn die geistige Elite der Stadt gehörte ihm an. Er hielt sehr häufig Sitzungen ab. Es wurde viel Vereinsmeierei getrieben, dabei gab sich aber auch viel ernstes Streben kund, der Zeitprobleme Herr zu werden. Schön war das Vereinsmotto: „Über Prinzipien, aber nicht über Personen zu verhandeln.“ Auch die Judenfrage wurde einigemal, und zwar durchaus im liberalen Geiste jener Zeit erörtert. Ein in dem „Grenzboten“ unter dem Titel „Theaterjuden“ erscheinener Aufsatz, sowie ein aus Manchester an den Verein gerichtetes Schreiben über die Gleichstellung der Juden wird verlesen. Der erste Obmann des Vereines, der auch dessen Seele war, Aug. Uchatzý, hielt einen Zyklus von Vorträgen über die Judenemanzipation. Er knüpfte daran Schlußbemerkungen, die allem Anscheine nach für die Juden günstig waren. Der Inhalt seiner Vorträge ist im Verhandlungsbuche nur ganz flüchtig skizziert. Nach Uchatzý beginnt die Unterdrückung der Juden mit dem Siege des Christentums als Staatskirche. Er schilderte ihre früheren Freiheiten und wie sie dann nach und nach entrechtet wurden. So befindet sich diese „unglückliche Nation“ bis aus unsere Zeit im steten Kampf mit den übrigen Weltbewohnern. An den Vortragszyklus knüpfte sich eine Debatte, an der sich mehrere Bürger, besonders Apotheker Hlasiwetz, beteiligten. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Aber die Diskussionsredner traten für die restlose Durchführung der Judenemanzipation ein, für die sie verschiedene Vorschläge unterbreiteten. Auch in der ersten Reichenberger Zeitschrift, deren erste Nummer am 1. April 1848 erschien, in den „Wochenberichten aus Nah und Fern“, wird hin und wieder die Judenfrage berührt. Es ist interessant, daß ein mit H. gezeichneter Artikel, den ein Jude (wahrscheinlich Dr. Hamburger, ein fleißiger Mitarbeiter